

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 51502
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig: Nr. 2, Deutsche Großdruckerei, Danzig
Postfach-Nr. 11 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N. O.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.
Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte“ und „Rust, Sport und Fremdenliste“. Bezugspreis: Monatslich M. 6.000.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 6.000.—. Einzelverkaufspreis: M. 250.—
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugs. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichstadt. Bei unrichtig eingelangten Manuskripten ist Rücksicht zu nehmen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.
Anzeigen werden die 4-spaltige Petit-Zeile mit M. 300.— berechnet, Resten die 4-spaltige Zeile mit M. 900.—. Anzeigen und Resten mit Platzverboten und späteren Änderungen werden mit 50 Prozent Zuschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Unzulässige Anzeigen als Reserven und kann verworfen werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einschätzung der Anzeigenbeiträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 132

Blasewitz, Sonnabend, 9. Juni 1923

85. Jahrgang.

Das Welt-Echo des Memorandums.

Die Haltung der Reichstagsparteien.

Berlin, 8. Juni. Ueber die Beurteilung des deutschen Memorandums bei den Reichstagsparteien konnten wir durch eine Rundfrage bei den Parteiführern folgendes feststellen: Die Deutschnationalen betrachten das Angebot der deutschen Garantien als sehr bedenklich und für die deutsche Wirtschaft als zu schwer belastend. Bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft betrachtet man das Garantienangebot als außerordentlich weitgehend, glaubt aber den Schwerpunkt der Note in ihrem vieren Abschnitt suchen zu dürfen, wo Deutschland mündliche Verhandlungen vorschlägt. Von einem Führer der Sozialdemokraten wurde betont, daß die Verantwortung für die Note ganz dem Kabinett Cuno überlassen wurde, da bei der Vorbereitung Berater miteingezogen wurden, die von sozialdemokratischer Seite nicht als kompetent angesehen werden können.

Die Stellung der englischen Presse.

London, 8. Juni. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: Die deutsche Regierung habe diesmal einen Vorschlag unterbreitet, der jedenfalls der Erwägung wert sei. — Das deutsche Memorandum wird auch von der englischen Presse günstig aufgenommen. „Pall Mall and Globe“ schreibt: Es sei nicht zu verwundern, daß das Verhalten Frankreichs den Engländern aufkommen lasse, daß Frankreich in Wirklichkeit nicht auf Reparationen aus ist, sondern sie nur als Vorwand benutzt, um die Auflösung Deutschlands zu bringen. England wolle, daß Deutschland zähle, und hoffe, daß die französische Obstruktion gegen solche Zahlungen aufhöre. Wenn die Alliierten das neue deutsche Angebot gemeinsam ernstlich erörterten, so könnte es zur Grundfrage einer dauernden Regelung gemacht werden. Wenn Frankreich es ohne weiteres verworfe, so wird es die Welt zwingen, den wirklichen Beweggründen seiner Politik die gebührende Auslegung zu erteilen.

Die „Times“ bezeichnet in ihrem Leitartikel das deutsche Memorandum als das Ergebnis der Initiative der britischen Regierung, zweifellos vereint mit dem französisch-belgischen Drucke im Ruhrgebiet. Daher ruhe auf England eine ganz besondere Verantwortlichkeit, die deutsche Note voll und angemessen zu erwägen.

Sowohl der Form wie dem Inhalte nach stelle das Dokument einen großen Fortschritt gegenüber dem vom 2. Mai dar. Das Memorandum stelle tatsächlich den letzten Wort der deutschen Regierung in dem Sinne dar, daß keine Verwertung fast sicher zur Aufgabe jedes weiteren Versuches in dieser Art führen würde, jenseit zum politischen und sozialen Chaos in Deutschland, welches die Hoffnung auf Erzielung irgendeiner wesentlichen Reparationssumme endgültig außerhalb der Grenzen des Möglichen stellen würde.

Die wesentlichste Frage sei daher, ob die Note eine angemessene Grundlage für eine Regelung biete. Dies sei eine Frage, die nur beantwortet werden könne, wenn man sich entschlossen habe, ob man sich mit dem rein wirtschaftlichen Problem der deutschen Zahlungen befasse oder mit einem politischen Problem.

Die Meinung Brüssels.

Paris, 8. Juni. Im „Devoir“ veröffentlicht der Brüsseler Berichterstatter dieser Zeitung eine Mitteilung, die ihm eine hochgestellte belgische Persönlichkeit über die deutsche Note gemacht haben soll: Die deutsche Note ist unannehmbar. Der bereits definitiv abgelehnte Vorschlag auf Einsetzung einer internationalen Sachverständigen-Kommission ist von neuem aufgeworfen worden. Weiter verlangt sie ein Memorandum von vier Jahren für die Zahlungen in der und

bietet völlig unzulängliche Gegenleistungen. Außerdem wird die Einstellung des passiven Widerstandes mit keinem Worte gestreift. Immerhin kann man nicht verkennen, daß die deutsche Regierung endlich klare Garantien anbietet, und was die Garantie der Eisenbahn anbelangt, so ist sie recht interessant. Es wäre nicht richtig, die Anforderungen in dieser Hinsicht zu verkennen. Doch beweist die deutsche Note die Ausichtslosigkeit, von Berlin aus eine Lösung des Reparationsproblems zu erwarten, und es ist möglich, daß die Verhandlungen dem ungenügenden deutschen Vorschlag feste Gegenangebote entgegenzusetzen werden. Die deutsche Note kann daher nicht den Anlaß zu einer gemeinsamen internationalen Klärung der Situation geben.

Amerika bleibt abseits.

Washington, 8. Juni. Die „Journal of Commerce“ aus Washington erklärt, daß die neue deutsche Note in amtlichen Kreisen als ein beachtlicher Fortschritt gegenüber allem angefahren was Deutschland bisher angeboten habe. Man sei der Meinung, daß der Vorschlag einer Konferenz geeignet sei, eine Grundlage für Verhandlungen zu bilden, die letzten Endes in eine Verständigung ausmünden würden. Obwohl berichtet worden könne, daß man in hohen Regierungskreisen der Ansicht sei, daß die Note einen Hoffnungstrahl darstelle, bestehe jedoch kein Anzeichen dafür, daß die Vereinigten Staaten auf der vorgeschlagenen Konferenz vertreten zu sein wünschen, es sei denn, daß sie von den Alliierten ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen würden. Auch die anderen Blätter haben ähnliche Nachrichten.

Die Pariser Presse lehnt ab.

Paris, 8. Juni. Zu dem Eindruck der Note in Paris ist zu sagen, daß die Isolation abnehmende Faltung, die gestern Abend allgemein war, in den Morgenblättern verschärft und ziemlich unumwunden zum Ausdruck kommt. Als wesentlichen Einwand gegen die deutschen Vorschläge macht man geltend, daß die Reichsregierung der französisch-belgischen Grundbedingung — Einstellung des passiven Widerstandes vor Verhandlungen — in keiner Weise Erwähnung getan habe.

Die Mehrzahl der Pariser Blätter ist der Ansicht, daß Poincaré überhaupt nicht auf die neuen deutschen Vorschläge durch eine wirkliche Antwort sich äußern wird. Doch er sich aber mit Brüssel sowohl als auch mit London und Rom ins Benehmen setzen wird, wird trotzdem angenommen. Aber den Gegenstand dieses Meinungsaustausches soll in der Hauptsache die Frage bilden, wie man sich zu der Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes stellt und Poincaré soll auch heabsichtigen, durch eine französische Note Deutschland zu fordern zu lassen, sich über den passiven Widerstand in bindender Form zu äußern. Im übrigen bleibt die französische Presse nicht durchgehend bei der Kritik. Sowohl die Blätter, die Laucheur nahestehen, als auch gewisse Organe, die über die Absichten des Einsees gewöhnlich gut unterrichtet sind, wie einige Zeitungen in der Linken, finden in der deutschen Note gewisse Fortschritte.

Der Brüsseler Korrespondent des Temps schreibt: In belgischen politischen Kreisen glaube man, Deutschland habe auf direktem Wege gewisse Annahmen über die Studien des belgischen Kabinetts erhalten. Zwischen Paris und Brüssel Unfriede zu stiften und dies in seiner Note zu verwenden. Es sei wahrscheinlich, daß Theunis und Lepar nach eingehendem Studium des deutschen Memorandum

aus diplomatischem Wege sich mit Poincaré in Verbindung setzen. In gewissen Kreisen schlägt man vor, daß die Antwort an Deutschland einfach die Forderung enthalte, daß man es auf die letzte Entscheidung der alliierten Minister in Brüssel über das Aufgeben des passiven Widerstandes aufmerksam mache. Die diplomatischen Verhandlungen würden voraussichtlich einige Tage dauern, aber es gebe gewisse Kreise in Brüssel, die hoffen, daß London und Rom sich an der belgisch-französischen Antwort beteiligen und Deutschland auffordern würden, den passiven Widerstand aufzugeben.

Paris, 8. Juni. Die rechtsstehende und die Regierungspresse bereiten dem deutschen Memorandum die Aufreißung, die man nach der Pressekampagne der letzten Tage erwarten konnte. Jedoch wagt ein Teil der Blätter ernstlich die Vorschläge und findet in ihnen eine Grundlage zur Diskussion. „Echo de Paris“ schreibt, daß man es mit einem deutschen Vorschlag zu tun habe. Die deutsche Regierung verleihe Garantien, sage aber nicht, wie die erzielten Garantien auf die einzelnen Einnahmequellen in Goldmark umgewandelt werden könnten. Die Haltung der französischen Regierung könne also nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen. Poincaré müßte das Dokument, wenn er es gründlich prüfe, zurückweisen. Aber er würde eine Prüfung gar nicht vornehmen. — Der „Matin“ sagt, man müsse den Schluss ziehen, daß Cuno die Fortsetzung der seit Deutschland gegenüber angeordneten Politik wünsche.

Der „Welt“ Parisien“ veröffentlicht eine Mitteilung, in der man wohl sicher die Stellungnahme des Duan d'Orsan zu erblicken hat, da sich viele Gründe und Stellen in fast allen Blättern wiederholen, von denen war Beziehungen zum Ministerium des Auswärtigen annehmen kann: Das Wenige, was man sagen könne, sei nur, daß das deutsche Memorandum eher einen Rückschritt als einen Fortschritt in bezug auf die Vorschläge vom 2. Mai bedeute, und daß es infolgedessen vollständig unannehmbar sei. Es sei tatsächlich schwierig, sich ein veretertes und noch allen Richtungen weniger befriedigendes Dokument vorzustellen. Es enthalte nicht nur keinen Hinweis auf die Rückkehrung und die Einstellung des passiven Widerstandes, obgleich Belgien und Frankreich erklärt hätten, sie könnten keine deutschen Vorschläge in Betracht ziehen, solange dieser Widerstand fortgesetzt werde, sondern es mache auch tabula rasa mit dem Friedensvertrage. Es werde im ersten Paragraphen verlangt, daß die Reparationskommission verschwinde und durch einen internationalen unparteiischen Organismus ersetzt werde. Auch hier habe die französisch-belgische Note bereits mit einer absoluten Ablehnung beantwortet. Aber noch mehr: Während die Vorschläge vom 2. Mai Ziffern enthielten hätten, wenn auch vollkommen unannehmbar, werde man sie im letzten Vorschlag verneinlich suchen. Wohl werde auf die Zifferzahlungen vom 1. Juli 1927 am hingewiesen, die sich auf eine Goldmarkilliarde belaufen könnten, aber die Zahl dieser Annuitäten sei nicht befristet. Es sei unmöglich, sich darüber Rechenschaft abzugeben, was sie in Wirklichkeit ausmachen könnten. Endlich müßten alle Referenzen hinsichtlich des verstorbenen Memorandums von vier Jahren gemacht werden, eine Forderung, die von der französisch-belgischen Regierung im letzten Memorandum zurückgewiesen worden sei. Die vom Deutschen Reich angebotenen Garantien seien völlig illusorisch, weil sie in den Händen der deutschen Regierung blieben. Wie werde unter diesen Umständen die Haltung von Paris und Brüssel sein?

Wichtige Ereignisse.

Die deutsche Note begegnet geteilter Meinung. England bezeichnet sie als einen Fortschritt; Belgien lehnt ihr nicht unpathisch gegenüber; Amerika wird der internationalen Kommission gegenüber sich passiv verhalten, wenn es nicht besondere Einladung erhält; Frankreich lehnt ab.

Cecil hat mit Millerand eine Aussprache gehabt. Millerand lehnt später Poincaré zu sich berufen.

Der 1. Mai und der 9. November können künftig von einzelnen Staaten des Reiches nicht mehr als gesetzliche Feiertage bezeichnet werden.

Am 15. September soll die öffentliche Brotversorgung eingestellt werden.

Faschisten und Kommunisten?

Unter der Überschrift „Nachfrage zu den Forderungen der Faschisten“ hat „Der Tag“ eine interessante Studie veröffentlicht. Die in mehr als einem Punkt bemerkenswerten Punkte zeigen sich, wenn man die Forderungen der Faschisten mit den Forderungen der Kommunisten vergleicht. Die Forderungen der Faschisten sind: 1. Die Abschaffung der Demokratie. 2. Die Abschaffung der Verfassung. 3. Die Abschaffung der Grundrechte. 4. Die Abschaffung der Pressefreiheit. 5. Die Abschaffung der Versammlungsfreiheit. 6. Die Abschaffung der Vereinigungsfreiheit. 7. Die Abschaffung der Arbeitsfreiheit. 8. Die Abschaffung der Eigentumsfreiheit. 9. Die Abschaffung der Erbschaftsfreiheit. 10. Die Abschaffung der Familienfreiheit. 11. Die Abschaffung der Religionsfreiheit. 12. Die Abschaffung der Wissenschaftsfreiheit. 13. Die Abschaffung der Kunstfreiheit. 14. Die Abschaffung der Wissenschaftsfreiheit. 15. Die Abschaffung der Kunstfreiheit.

Die jüngsten Dresdener Unruhen hatten, wie man feststellen darf, nicht so traurige Folgen wie die Demonstrationen in Prag und Leipzig, die inwischen hatten eintreten sollen. Trotzdem muß auf die Dresdener Ereignisse nochmals zurückgegriffen werden, weil sich dabei Dinge abgetragen haben, die bisher der Allgemeinheit unbekannt geblieben sind. Von Wichtigkeit ist zunächst die Frage: Wer hat die Dresdener Tumulte angezettelt? Wer waren denn diejenigen, die auch die Zusammenkünfte der inwischen erwerblosen Bevölkerung? Hatte die Treiber wirklich nur das Ziel, das Schicksal der Erwerblosen zu verbessern? Auf diese Fragen ist zu antworten, daß naturgemäß die rasch andringende Forderung der Lebensmittel und der sonstigen Unterhaltskosten die Basis für die Tumulte bildete. Auf dieser Grundlage war für diejenigen, die ein Interesse an den Exzessen hatten, leichtes Arbeiten. Wie auf Kommando tauchten an verschiedenen Stellen der Stadt Hecker und allerhand Kattatoren auf, die rasch eine mehr oder weniger große Gefolgschaft hinter sich hatten. Nun kam der Stein ins Rollen. Mit unheimlicher Kraft stürzten über die Tumulte auf. Man forderte unter Umständen aller Reichsberührung zur Selbsthilfe auf. Diese Kattatoren waren zweifellos Kommunisten, aber keineswegs solche, die der kommunistischen Bewegung nahestanden. Allerdings muß aber festgestellt werden, daß die sächsische kommunistische Partei als solche offiziell sich gegen die Demonstration erklärte hatte, und daß zum Beispiel der kommunistische Kandidatengeneraldirektor Renner sich christliche Worte geäußert hat, die erregten Demonstrationen zu beruhigen. Es bleibt also nur die Lösung übrig, daß fremde Kommunisten am Werke gewesen sind, um hier in Dresden Verwirrung anzurichten. Nach der (auffällig guten) Kleidung und nach dem Plakat einzelner Kattatoren zu schließen, darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß diese Annahme richtig ist. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß diese unbekannteren Deger, die wahrscheinlich aus Reichsbahnen i. B. über die sächsische Grenze gekommen sind, nicht nur kommunistischen Ideen huldigen, sondern auch sozialistischen über überhaupt dumme Elemente waren, deren einziger Lebenszweck, wie es scheint, das Anpflanzen von Unruhen ist. Man weiß auch, daß diese Leute offiziell angeordnet haben, sie würden von Dresden nach Chemnitz und Leipzig und dann nach Mitteldeutschland reisen, um schließlich ganz Deutschland in Unruhen aufzuheben zu lassen. Daß diese Prophezeiungen nicht bloß als Wahrsagerien zu bewerten sind, möge durch die Vorkänge illustriert werden, die unmittelbar nach den Dresdener Vorkängen sich in Bautzen abspielten und kurz darauf in Leipzig. Es steht außerdem fest, daß einige Dresdener Kattatoren nach Bautzen abgereist sind.

Es wäre aber unvollständig und darum falsch, wenn man allein die Kommunisten und andere trübe Elemente für die Tumulte verantwortlich machen wollte. Es hat den Anschein, als sei diesen im gewissen Sinne nur